**DIE PREISE MÜSSEN RUNTER!**

**VORSCHLÄGE DER S&D FRAKTION**

***SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT***

• Ein EU-Winter-Solidaritätspaket zur Unterstützung von Bürger:innen und KMU angesichts der hohen Inflation und der durch hohe Energie- und Lebensmittelpreise angeheizten Lebenshaltungskostenkrise, einschließlich 100 Milliarden sofort verfügbarer Mittel zur Unterstützung der am stärksten von den Energiepreisen betroffenen Haushalte. Diese finanzielle Unterstützung muss unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten des EU-Haushalts und von NextGenerationEU (NGEU), mit EIB-Finanzierungen und durch sofortigen Beginn der Arbeit an einer dauerhaften Fiskalkapazität unter Berücksichtigung des Erfolgs von NGEU, einschließlich der Weiterentwicklung von SURE zu einem dauerhaften Instrument, bereitgestellt werden. \*

• Eine angemessene EU-Finanzpolitik zur Bewältigung der Energiekrise, einschließlich der Verlängerung der Ausweichklausel, so lange, wie es nötig ist. Zudem sollten die gezielten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energiekrise von der Berechnung des Defizits im Rahmen der Haushaltsvorschriften ausgenommen werden.

• Ausweitung des Solidaritätsbeitrags auf alle Sektoren, die von Zufallsgewinnen profitieren. Der am 30. September 2022 angenommene Beitrag betrifft nur den Energiesektor, während auch in anderen Bereichen Zufallsgewinne erzielt werden. Dieser neue Solidaritätsbeitrag sollte zumindest auf den Banken- und Pharmasektor ausgeweitet werden, die beide ihre Gewinne aufgrund der Pandemie und der Zinserhöhungen gesteigert haben. Die Einnahmen können zur Finanzierung von REpowerEU und der Einkommensunterstützung für Haushalte beitragen.

• Umsetzung eines effektiven Mindeststeuersatzes für Unternehmen (15%).

\* Wie in der in Berlin verabschiedeten Resolution des SPE-Kongresses 2022 erwähnt, stehen wir nach wie vor für eine dauerhafte langfristige EU-Investitionskapazität mit echter europäischer Solidarität und unter Berücksichtigung des Erfolgs der EU-Finanzierung durch NextGenerationEU.

***DIE PREISE SENKEN***

• Ein Preisdeckel für Gasimporte, um die Rechnungen für die Verbraucher:innen zu senken. Die Obergrenze sollte sowohl für Pipelinegas als auch für Flüssiggas (LNG) gelten und mit zuverlässigen Drittländern ausgehandelt werden.

• Eine vorübergehende Aufhebung der Kopplung von Gas- und Strompreisen, um die Stromrechnungen sofort zu senken. Während wir auf die Reform der Strommarktgestaltung warten, wird diese Maßnahme eine gewisse Zeit lang dafür sorgen, dass der Strompreis nicht mehr durch das Erdgas bestimmt wird. Die Stromrechnungen werden sinken, weil sie nicht mehr an den Gaspreis gekoppelt sind, der viel teurer ist als jede andere Energiequelle, die zur Stromerzeugung verwendet wird. Stattdessen werden sie den tatsächlichen Preis der verwendeten Energiequelle, z. B. erneuerbare Energien, besser widerspiegeln.

• Beendigung der Spekulationen und Manipulationen auf dem Gasmarkt, unter anderem durch eine verstärkte Finanzaufsicht, Transparenz und die Einführung von Instrumenten für Finanzkrisen (z. B. Notunterbrechungen von Transaktionen bei übermäßigen Schwankungen, Beschränkungen für den Wiederverkauf von Rohstoffen, Preisspannen usw.) und durch die Entwicklung eines alternativen EU-Maßstabs für den Gaspreis.

• Ein gemeinsamer Beschaffungsmechanismus zum Kauf von Energie nach dem Vorbild der Impfstoffbeschaffung, um die Verhandlungsmacht der EU zu stärken und niedrigere ausgehandelte Preise mit zuverlässigen Drittländern zu erzielen.

• Investitionen in die Erzeugung erneuerbarer Energien und Erdgas- und Stromverbindungsleitungen ankurbeln und für Energieeinsparungen sorgen.

***GEFÄHRDETE MENSCHEN SCHÜTZEN***

• Erhöhung der Mindestlöhne: Menschenwürdige Löhne sind ein wesentliches Instrument, um den Haushalten zu helfen, mit dem Anstieg der Energiepreise mitzuhalten. Es ist von entscheidender Bedeutung, Tarifverhandlungen zu fördern und sicherzustellen, dass Löhne nicht als Wirtschaftsstabilisator zur Eindämmung der Inflation verwendet werden. Die Mitgliedsstaaten sollten eine beschleunigte Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie vornehmen, damit die Mindestlöhne auf mindestens 60% des Mediangehalts eines Landes oder 50% des Durchschnittsgehalts angehoben werden.

• Gewährleistung einer Mindesteinkommensregelung über der Armutsgrenze: Es ist unerlässlich, dass jeder bedürftige Mensch in Europa durch ein Mindesteinkommenssystem abgesichert ist und die Renten ein Einkommen über der Armutsgrenze gewährleisten. Die derzeitige Ratsempfehlung gemäß dem Vorschlag der Kommission sollte in eine Richtlinie über einen Rahmen für Mindesteinkommensregelungen umgewandelt werden, mit dem Ziel, das Recht auf ein menschenwürdiges Leben abzusichern, die Armut zu beseitigen und die Fragen der Angemessenheit und des Anwendungsbereichs einschließlich einer Nicht-Rückschrittsklausel zu behandeln

• Niemand sollte entscheiden müssen, ob man die Heizung aufdreht oder Lebensmittel einkauft; Schutzbedürftigen Haushalten und Verbraucher:innen Gas und Strom abzuschalten, sollte deshalb verboten werden. Bezahlbare Energie und Strom sind ein Grundrecht.

• Überprüfung des Rechtsrahmens für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, um den Zugang bedürftiger Haushalte zu grundlegenden Dienstleistungen von guter Qualität sicherzustellen, insbesondere Energie, Mobilität, Wasser, Internet und sanitäre Einrichtungen.

• Aufstockung der Mittel der Europäischen Kindergarantie mit speziell zugewiesenen Mitteln von mindestens 20 Milliarden Euro, um sicherzustellen, dass kein Kind in der EU von Energiearmut betroffen ist: Die aktuelle Krise wird die Situation von Kindern, die in Armut leben oder armutsgefährdet sind, weiter verschlimmern. Die Kommission und die Mitgliedsstaaten müssen die Umsetzung der Europäischen Kindergarantie beschleunigen, damit jedes Kind in der EU uneingeschränkten Zugang zu hochwertiger und kostenloser Gesundheitsversorgung, Bildung und Kinderbetreuung hat, in einer menschenwürdigen Unterkunft lebt und eine angemessene Ernährung erhält.

• Ein Sozialgipfel mit den EU-Institutionen und den Sozialpartnern soll Maßnahmen im Zusammenhang mit den Herausforderungen der aktuellen Krisen erarbeiten: die zunehmende Inflation und ihre sozialen Folgen, insbesondere in Bezug auf die Lebensbedingungen, eine gerechte Umverteilung des Reichtums zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und gerechte Löhne. Darüber hinaus soll der Gipfel an einer Aktualisierung des am 7. Mai 2021 in Porto vereinbarten Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte arbeiten, um sicherzustellen, dass die gesetzten Ziele erreicht werden, indem zusätzliche Vorschläge und/oder Finanzmittel angenommen werden.